

Sparkassen Zeitung



www.sparkasse.at



„Nur die beste Bank im Ort verdient“
Interview mit dem neuen
Präsidenten des Sparkassen-
verbandes, Gerhard Fabisch
>> Seite 3



Pensionskonto Neu
Heinz Schuster und Manfred
Rapf von der s Versicherung
im Gespräch
>> Seite 4



„Derzeit eher eine Nachfrageklemme“
Erste-Vorstand Peter Bosek
über die Situation am
Kreditmarkt
>> Seite 5



Foto: Jacqueline Godwin/Art_Photography

Podiumsdiskussion mit Sozialminister Rudolf Hundstorfer, Vizekanzler Michael Spindelegger, Moderator Peter Rabl und Sparkassenverband-Generalsekretär Michael Ikrath

„Wir sind in der zwölften Generation“

Sparkassentag 2014: Diskussion mit der österreichischen Politik, kritische Analyse der europäischen Rahmenbedingungen für die Sparkassen, Innovationsführerschaft in der Digitalisierung der Kundenbeziehungen. Ein breites Themenspektrum unter den Generalmotto: „Zurück in die Zukunft“. Das alles in einem neuen Veranstaltungsformat: Von der hochkarätigen Polit-Debatte bis hin zum Intensiv-Workshop.

Zum Einstieg die höchste Frau im Staat. Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ging als Eröffnungsdiskussion des Sparkassentages auf eine signifikante Gemeinsamkeit zwischen dem Bankensektor und der Politik ein, nämlich das sinkende Vertrauen. Es werde in der Kritik kein Unterschied gemacht, es betreffe immer alle, nicht nur die Handelnden. Prammer hob hervor, die Sparkassen hätten sich von „gierigen Spekulierern“ nicht bemächtigen lassen und sollten diesen Kurs beibehalten. Die Finanzdienstleister müssten sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sein. Deshalb sei es Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Krise wie 2008 nicht mehr möglich machen.

Konkret zur Sache Bankensteuer ging es dann im Dialog zwischen Finanzminister Spindelegger, Sozialminister Hundstorfer und dem Generalsekretär des Sparkassenverbandes, Ikrath. Dieser betonte, die

Politik müsse endlich stärker zwischen den „Brandstiftern und den Biedermännern“, zu denen er auch die Sparkassen zähle, unterscheiden. Überschießende Regulierungen und Zwangsmaßnahmen seien eine „Bleiweste“, die die Sparkassen bei der Wahrnehmung ihrer ureigenen Aufgaben beeinträchtigen werden.

Das Thema Bankensteuer war Anlass für eher diplomatische Formulierungen. Finanzminister Spindelegger meinte, „wir wollen in einer gewissen Zeitreihe eine Lösung finden, die für alle tragbar ist“. Er deutete in diesem Zusammenhang an, dass es zu einer teilweisen Anrechnung der heimischen Bankensteuer auf die Zahlungen an einen europäischen Bankenabwicklungsfonds geben könnte, der bekanntlich ab 2016 fällig wird. Entscheidend sei in einem Dialog zu treten, um zu einer gemeinsamen Lösung zu kommen. Sozialminister Hundstorfer assistierte: „Wir werden in Verhandlungen

eintreten, wir sind ja in einer Koalition.“ Ikrath wertete das als eine „etwas verschlüsselte Ankündigung der Politik“, aber die Hoffnung auf Einsicht in die unleugbaren Sachzwänge sei aufrecht.

Too complex to fail?

In einer weiteren Diskussionsrunde vertraten der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrenschon, Joerg Asmussen (vormaliges EZB-Direktoriumsmitglied, derzeit Staatssekretär im deutschen Bundesministerium für Arbeit und Soziales), pointierte Positionen. Fahrenschon skizzierte die Bedeutung der Sparkassen in Deutschland plastisch. Es gäbe dort mehr Sparkassenfilialen als Tankstellen oder Bäckereibetriebe. Er registrierte eine unverkennbare Renaissance der Regionalbanken, die mit der Rückbesinnung auf alte Tugenden wie Regionalität, Kundennähe und Wachstumsimpulse für die KMU einhergehe.

Kritik richtete Fahrenschon an die Adresse Brüssels: Dort gäbe es in der Diskussion über die künftige Bankenunion immer nur Kompromisse in Richtung grenzüberschreitender,

Meine Meinung



Mit Selbstbewusstsein, aber nicht überheblich

Der Sparkassentag 2014, über den in dieser Ausgabe ausführlich berichtet wird, stand im Zeichen des 195. Geburtstages der Sparkassenidee und eines völlig neuen Veranstaltungsformates. Wir haben bei dieser Gelegenheit ganz bewusst der Politik und den Regulatoren die Stärke und die Zukunftsfähigkeit der Sparkassenidee vor Augen geführt. Das Ambiente der Wiener Hofburg war nicht zufällig gewählt: Die Sparkassengruppe präsentiert sich mit Selbstbewusstsein, aber ohne Überheblichkeit. Sie tut dies im Wissen, dass ihr Geschäftsmodell und der dahinter stehende Gründungsauftrag aktueller denn je sind.

Das ist gut so, denn wir dürfen als Sparkassen von Politik und Medien mit Recht einfordern, dass man zwischen spekulierenden Investmentbanken und der Realwirtschaft dienenden Kundenbanken klar unterscheidet und uns nicht gemeinsam mit Goldman Sachs & Co auf die Anklagebank setzt. Die österreichischen Sparkassen haben auch in der Finanzkrise einen entscheidenden Beitrag zur Stabilität des kreditwirtschaftlichen Systems und zur kontinuierlichen Finanzierung der Realwirtschaft, vornehmlich der KMU, geleistet. Wir sind für die kommenden Aufgaben im lang ersehnten Wirtschaftsaufschwung gerüstet, wenn man uns seitens des Fiskus und der Regularien Luft zum Finanzieren lässt. Das haben wir beim Sparkassentag unmissverständlich zum Ausdruck gebracht.

Ein weiterer Teil der Veranstaltung war dem Thema Digitalisierung gewidmet. In diesem Themenfeld sind die Sparkassen ohne Zweifel als Innovationsführer zu bezeichnen. Das wird auch weiterhin Gebot der Stunde bleiben, wenn sie gemeinsam wirtschaftlich erfolgreich sein wollen – und müssen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die Sparkassenidee auch im 3. Jahrhundert ihres Bestehens einen Beitrag zur Wohlfahrt der Menschen leisten kann. Wirtschaftliche Freiheit für den Einzelnen, privater Vermögensaufbau sowie Investitionsfinanzierung in der Region, Mitwirkung an wichtigen gesellschaftspolitischen Aufgaben im Sinne des Gemeinweltauftrages und die Bewahrung der Eigenständigkeit. Das alles erfordert betriebswirtschaftlich starke Sparkassen.

Die Grundlage alldessen sind hochqualifizierte, motivierte und für die neuen Aufgaben emotional engagierte Mitarbeiter. Das ist nicht neu, aber der jüngste Sparkassentag hat uns diesen Zusammenhang eindrucksvoll vor Augen geführt. Die faszinierenden Möglichkeiten der Digitalisierung im Bankgeschäft erfordern Mitarbeiter mit Faszination für diese neue Kunden- und Lebenswelt. Dann bleiben die Sparkassen das, was sie von Anbeginn waren: Die soziale Marktwirtschaft in Unternehmensform gegossen.

Michael Ikrath
Generalsekretär des Österreichischen Sparkassenverbandes

Name und Anschrift:

börsennotierter Bankenkonzerne. Daraus ergäbe sich für ihn die Frage, ob die Politik überhaupt noch Sparkassen wolle. Die Regulatoren und ihre Regelwerke konzentrierten sich auf die Normalbanken, nicht aber auf die Investmentbanken oder gar die Hedgefonds. Seien diese etwa „too complex to fail?“

Der geplante Abwicklungsfonds sei eine Versicherung für rund 130 Kreditinstitute, aber „alle zahlen für diese Versicherung von Großbanken“, meinte Fahrnschon. Das wäre etwa so wie die Verpflichtung für Fahrradhersteller, in einen Sicherungsfonds für Automobilhersteller einzuzahlen, nur weil sie auch in der Mobilitätsbranche tätig sind. Es werde zu wenig ordnungspolitisch diskutiert beklagte der DSGVO-Präsident, der auch die anhaltende Niedrigzinspolitik der EZB kritisch sieht. Damit werde die Preisfunktion des Zinses außer Ansatz gestellt, zu viel Geld in den Markt gepumpt, die Blasenbildungsfahrer erhöht und die Vorsorgebereitschaft der privaten Haushalte untergraben. Die EZB habe nicht Strukturpolitik zu betreiben, sondern sollte „ein Signal für eine beginnende Zinswende geben“. Das sei überfällig.

Differenzierter sieht das naturgemäß Asmusen. Die EZB sei eine wahrlich europäische Institution, deren Politik müsse von Finnland bis nach Portugal reichen.

Die aktuelle Diskussion schwanke zwischen Extrempositionen: Die einen sprächen von einem Regulierungs-Tsunami, während die anderen klagen, es sei nach der Krise „nichts passiert“. Asmusen ist überzeugt, dass es keine Pause in der Regulierung geben werde. Er plädierte für eine Rückkehr zu einfacheren Regeln. „Hat man Hosen-träger und einen Gürtel zugleich, dann sitzt die Hose perfekt.“

Mit EU-Votum in Österreich durchaus zufrieden

Einen Tag nach der EU-Parlamentswahl waren deren Ergebnisse natürlich auch Thema am Sparkassentag. Der ehemalige Bundeskanzler Alfred Gusenbauer gab sich gelassen. Mit dem Votum der Österreicher „kann man durchaus zufrieden sein“. Bei der Analyse anderer Resultate war beim ehemaligen Bundessprecher der Grünen, Prof. Alexander Van der Bellen, weniger Gelassenheit zu bemerken. „Was Großbritannien betrifft, so reicht es mir langsam. Wenn die Briten nicht mehr wollen, dann sollen sie gehen“, meinte Van der Bellen, der dafür eintritt, dass sich die EU von David Cameron nicht mehr erpressen lassen darf. Er setzte sich für eine Aufgabe des Einstimmigkeitsprinzips in der EU-Außenpolitik ein und forderte eine starke Europaregierung.

„Man kann auch mit trockener Arbeit und professioneller Expertise eine Wahl gewinnen. Othmar



Podiumsdiskussion mit Erste-Chef Andreas Treichl, Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer, Moderator Peter Rabl, Ex-Grünen-Chef Alexander Van der Bellen und dem deutschen Staatssekretär Joerg Asmusen

Karas hat meinen Respekt“, leitete Andreas Treichl, CEO der Erste Group, seinen Diskussionsbeitrag ein. Die Ergebnisse in Österreich signalisierten eine deutliche Mehrheit für die Pro-Europa-Parteien. Es sei auch erfreulich, dass es in Deutschland keine wesentlichen rechtsradikal-nationalistischen Tendenzen gäbe.

Auch das Spannungsfeld zwischen konsequenter Sanierungspolitik in den öffentlichen Haushalten und dem Ruf nach mehr Staatsausgaben für Investitionen und Wirtschaftswachstum war ein Thema. Van der Bellen beklagte die Zeitgleichheit der Budgetkonsolidierung in fast allen EU-Ländern. „Wir konsolidieren jetzt simultan, besser wäre aber eine konsekutive Vorgangsweise.“

EZB-Geldschwemme oder Anspringen des Wachstumsmotors?

Mittlerweile können sich Länder wie Spanien, Portugal und Griechenland wieder auf dem Kapitalmarkt refinanzieren. Das wird allgemein als positives Zeichen der Überwindung der Krise europaweit interpretiert. Dazu Treichl nicht ohne Ironie: „Vor 3 Jahren mussten wir heftige Kritik einstecken, wenn wir etwa spanische Anleihen im Portefeuille hatten, dann wurde

alles verkauft. Jetzt ist alles wieder wunderbar. Ist es das wirklich?“ Er vertrat die Meinung, dass diese nunmehr viel bejubelte Entwicklung an der Peripherie der EU eher der EZB-Geldschwemme als dem Wiedererstarken der einzelnen Volkswirtschaften zu danken ist. Dem widersprach Alfred Gusenbauer mit einer interessanten Bemerkung: „Ich kenne die Situation in Spanien sehr gut. Es ist völlig klar, dass bei sinkenden Lohnkosten die internationalen Investoren wieder zurückkehren. In Spanien wird wieder in die Realwirtschaft investiert.“

„George ist die Trägerrakete“

Der zweite Tag der Veranstaltung begann mit einer Erklärung des neugewählten Präsidenten des Sparkassenverbandes, Gerhard Fabisch (siehe Interview auf Seite 3). Der Tag insgesamt war dem Thema Digitalisierung bzw. deren stärkere Implantierung in den Kundenservice der Sparkassen gewidmet. Grundsätzlich geht es darum, die Fülle an Daten, die bei den Sparkassen über Kunden angesammelt sind, in neue digitale Dienstleistungen, in neuen Komfort im Online-Banking und somit in die Erleichterung des Finanzalltags für jeden Einzelnen zu transformieren. Unter Moderation von Nina Hoppe, Leiterin Public Affairs und Strategisches Management im Sparkassenverband, führten zwei Key-Note-Speaker aus Deutschland in die Thematik „Marke – Image – Kundenvertrauen“ ein. Uli Mayer-Johannsen, Vorstand der MetaDesign AG, beschäftigte sich mit der Wirksamkeit und Nachhaltigkeit von Informationen sowie mit der Bedeutung der Marke für die integrierte Unternehmenskommunikation. Ihr Credo: „Bekanntheit ist gut, Sympathie ist besser“. Mayer-Johannsen verwies auf die Tatsache, dass nach eingehenden Untersuchungen nur 0,0004 % aller Infos, die täglich auf die Menschen einprasseln, auch in deren Bewusstsein gelangen. Die Informationsanbieter stünden also in einem beachtlichen Verdrängungswettbewerb um die Aufmerksamkeit des Konsumenten. Der rationale Konsument existiere gar nicht, betonte die Referentin, Gefühl gehe allemal vor Verstand. Es müsse in der digitalisierten



Nationalratspräsidentin Barbara Prammer ging als Eröffnungsrödin des Sparkassentages auf eine signifikante Gemeinsamkeit zwischen dem Bankensektor und der Politik ein, nämlich das sinkende Vertrauen.

Welt auch beachtet werden, dass der technische Wandel bedeutend schneller ist als die individuelle Veränderungsbereitschaft.

Neue Trends der digitalisierten Gesellschaft

Reto Wettach, Professor für Interaction Design an der Fachhochschule Potsdam, plädierte in seinen Ausführungen für die Rückkehr zum „menschlichen Maßstab“. Auch die Kreditwirtschaft habe sich auf neue gesellschaftliche Trends einzustellen. Dazu gehörten etwa das Vordringen von „Co-Working-Spaces“, deren Wirkungsweise er anhand des Urban Gardening als neuen Trend im städtischen Ballungsraum erläuterte. Phänomene wie Shared Economy bei der Verwendung von Autos oder Crowd Funding sowie das Crowd Investing bei der Finanzierung von Investitionen seien zu beachten. Allein im Vorjahr habe in Deutschland das über Crowd Funding aufgebrachte Investitionsvolumen 5 Mrd. Euro ausgemacht. „Die Bank der Zukunft muss den flexiblen Kreativen kreative Angebote machen“, so Wettach. Die Forderung nach Vereinfachung und leichtem Zugang sei eines der charakteristischen Merkmale des digitalen Konsumenten.

Die Rückbesinnung auf das Sichere und Vertraute sowie die Akzeptanz der Sehnsucht nach Regionalität seien daher Phänomene, die die Sparkassen im digitalen Zeitalter zu beachten hätten. Dies stand im Mittelpunkt der Ausführungen von Christian Achilles, Chef der Kommunikation- und Medienarbeit des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Die Aufgabenstellung der Sparkassen sei in einem Satz zusammenzufassen: „Wir machen es den Menschen einfach, ihr Leben besser zu gestalten.“

„Das modernste Banking Österreichs ist unser Ziel und der soeben implantierte ‚George‘ ist dazu die Trägerrakete“, so skizzierte Mario Stadler, Leiter des Marketings der Erste Bank, die neue Ära des Online-Banking in der österreichi-

schon Sparkassengruppe. Die neuen Benchmarks im Kreditgeschäft seien Schnelligkeit, Usability, Dialogfähigkeit und Transparenz. Die Sparkassen müssten sich ständig neu erfinden, betonte Stadler, der griffig an das Auditorium appellierte: „Innovate or die!“ Der neue Slogan lautet daher: „Was zählt, sind die Menschen“. Stadler präsentierte erste Einblicke in ein neues Marketingkonzept, in dem Menschen einfach ihre Geschichte erzählen. Erste Probefilme wurden auf dem Sparkassentag gezeigt, auch Print-Sujets sind geplant. Die starke regionale Betonung auch der Bankenprodukte ist eines der Merkmale für den neuen Marktauftritt, unterstrich Stadler.

„George“ gibt es nicht zum Nulltarif

Das neue Online-Banking namens „George“ stand ebenfalls im Mittelpunkt der Ausführungen von Boris Marte, dem Leiter des Erste Innovation HUB. Die entscheidende Frage sei, wie schaffe man die Transformationen ins 21. Jahrhundert. Der jüngst gelaunchte „George“ sei die Antwort. Es

sei wichtig, Apps zu entwickeln, die dem Kunden die richtigen Daten zum richtigen Zeitpunkt bieten. „Wir müssen den Kunden auf der Smartphone-Oberfläche abholen und Funktionalitäten finden, die dem Kunden auch Spaß machen“, meinte Marte, der im System „George“ das große, neue Online-Banking sieht. „George“ werde etwas Zeit zur vollen Entfaltung brauchen, aber mit diesem Produkt „sind wir den Mitbewerbern deutlich voraus“. Das neue Online-Servicesystem wird es nicht gratis geben, die Kosten werden 3 Euro im Monat betragen.

Es folgte ein umfassender Workshop zu den angeschnittenen Themen der Kundennähe, des Marktauftrittes und der Vermittlung von Dienstleistungsangeboten (über diese Ergebnisse wird die Sparkassenzeitung gesondert berichten). In einer ersten Analyse der vorgelegten Diskussionsergebnisse aus dem Workshop meinte Thomas Uher, Sprecher des Vorstands der Erste Bank: „Wir müssen aus den Daten, die wir angesammelt haben etwas machen und dann an den Kunden zurückspielen.“ Die Frage dabei werde sein, wie das zu schaffen sei, ohne dass sich die Kunden kontrolliert fühlten. „George“ werde das Online-Banking wesentlich erleichtern, denn das System merke sich mehr als der Kunde. In einem Schlusstatement zum Sparkassentag zeigte sich Generalsekretär Ikath vom „lustvollen Engagement im Workshop“ der versammelten Vorstände beeindruckt und zog ein positives Resümee im Sinne der Zielsetzung zur Gestaltung und zum Auftritt des Sparkassentages 2014 (siehe Kommentar Seite 1).

„Brandstifter und Biedermänner unterscheiden“



DSGV-Präsident Georg Fahrnschon: „Die Regulatoren und ihre Regelwerke konzentrieren sich auf die Normalbanken, nicht aber auf die Investmentbanken oder gar die Hedgefonds.“

„Nur die beste Bank im Ort verdient Geld“

Vor kurzem ist Gerhard Fabisch, Vorstandsvorsitzender der Steiermärkischen Sparkasse, von den Organen des Verbandes zum neuen Präsidenten des Österreichischen Sparkassenverbandes gewählt worden. Im folgenden Interview nimmt er zur gesellschaftspolitischen Verantwortung, der strategischen Ausrichtung und der Positionierung der österreichischen Sparkassen in der heimischen Kreditwirtschaft Stellung.

Sparkassenzeitung: Sie übernehmen die Führung des Sparkassenverbandes in wirtschaftlich wie kreditwirtschaftlich bewegter Zeit. Das Regelwerk der Europäischen Bankenunion steht ante portas und national befindet sich die Kreditwirtschaft Österreichs in einem nicht unerheblichen Strukturwandel. Dazu gesellt sich die Tatsache, dass das Banken-Bashing noch immer nicht aus der Mode gekommen ist. Wo sehen Sie die Hauptansatzpunkte für Ihre nun beginnende Funktionsperiode?

Fabisch: Der Sparkassenverband hat die Interessen der Sparkassen gegenüber Staat und Gesellschaft bzw. deren Institutionen wie etwa den Aufsichtsbehörden, aber auch gegenüber der Öffentlichkeit zu vertreten. Das ist gleichsam der standespolitische Auftrag. Dazu gesellt sich die ebenso wichtige Aufgabe der inneren Stärkung der Sparkassengruppe.

Diese ist ja durchaus von Heterogenität und großer regionaler Eigenständigkeit geprägt.

Was auch ihre Stärke und ihren Charme ausmacht. Aber im Hinblick auf das Marktumfeld und schwierige Rahmenbedingungen liegt noch sehr viel Arbeit in den Sparkassen selbst vor uns. Wir haben eine 100-prozentige Übereinstimmung in den Grundwerten – Regionalität, in der nachhaltigen Kundenbeziehung, in der Verlässlichkeit, in der Stabilität, der Sicherheit sowie im Gemeinwohlauftrag. Das sind die Tugenden der österreichischen Sparkassen im „Verfassungsrang“. Doch es gibt naturgemäß auch Zielkonflikte. Denn trotz Konsens in den Grundpositionen können die Interessen der einzelnen Sparkassen hin und wieder unterschiedlich sein. Das hängt einerseits von der Größe und der

unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärke, andererseits von der Frage ab, ob man Liquiditätsnehmer oder Liquiditätsgeber ist. Auch das Verhältnis zur Erste Bank muss nicht von vornherein in allen Themen einheitlich sein. Die Vielfalt ist operative Realität, und das macht diese Funktion ungemein spannend.

Es geht mittlerweile um die wirtschaftliche Stärke, denn von allen Seiten erschallt der Ruf nach mehr Eigenkapital und höherer Krisenfestigkeit an die Adresse der Banken. Und das alles bei eher schwacher Kreditnachfrage, gedämpfter Sparquote, niedrigen Zinsen und maximaler Steuerbelastung durch die Bankenabgabe. Eine Quadratur des Kreises?

Nein, eine herausfordernde Aufgabe. Es gibt immer wieder Zielkonflikte. Der Kundennutzen steht oft, aber nicht immer im Einklang mit unseren Vertriebszielen. Andererseits können kurzfristige Ertragsziele mit unserer bewährten Strategie kollidieren, den Kunden möglichst lebenslang in Finanzfragen zu begleiten. Diese manchmal divergierenden Ziele darf man nicht negieren, sondern es geht darum, im Alltag unserer Geschäftsführung die Zielkonflikte aufzulösen.

Hier kommt natürlich die Profitabilität als wichtiges Ziel ins Spiel. Zwischen dem Gemeinwohlauftrag und der Ertragsorientierung kommt es in einigen Sparkassen zu einer Gratwanderung. Da werden auch teils unterschiedliche Prioritäten gesetzt. Es ist nicht die Aufgabe des Verbandspräsidenten, hier Verhaltensrichtlinien zu verkünden. Aber er muss auf Daten und Fakten hinweisen: Im Hinblick auf die Erfordernisse des Marktes und der Regulatoren müssen wir meiner Meinung nach generell danach trachten, die Kapitalrentabilität zu



Gerhard Fabisch bei seiner Antrittsrede am Sparkassentag:

„Alles, was außerhalb des Kerngeschäftes liegt, das geht meist schief.“

steigern. Die Benchmark sollte bei 8 Prozent Verzinsung der Eigenmittel liegen, mit einem Zu- oder Abschlag von 2 Prozentpunkten. Das heißt, die Eigenkapitalverzinsung müsste zwischen 6 und 10 Prozent liegen. Das sollte die längerfristige, nachhaltige Zielrendite sein. Derzeit liegen wir im Durchschnitt unter 6 Prozent, daher sehe ich hier Handlungsbedarf.

Also mehr Aufmerksamkeit für die Renditeentwicklung?

Nicht als betriebswirtschaftlicher Selbstzweck, sondern zur Festigung unserer ureigenen Aufgaben, die wir seit nunmehr 195 Jahren als Sparkassen leben. Erhaltung unserer Selbstständigkeit, ausreichende Kreditversorgung der Kunden in der Region und Krisenvorsorge. Die finanzielle Leistungsfähigkeit ist der beste Schutz für die Eigenständigkeit. Sie ist aber auch im Auftritt gegenüber dem Kunden wichtig: Wie soll man glaubwürdig Ertragsstärke beim Kunden einmahnen, wenn man selbst nur schwache Rentabilitätsergebnisse erzielt? Wollen wir respektiert werden, müssen wir auch in der Lage sein, solide betriebswirtschaftliche Ergebnisse zu erwirtschaften.

Wo sehen Sie kurz- und mittelfristig die wichtigsten Aufgaben der Sparkassen im operativen Alltag?

Ausgehend von meinen Überlegungen zur Ertragskraft habe ich eine provokante These: Nur das beste Kreditinstitut im Ort verdient Geld, der Zweitbeste verdient die anfallenden Kosten und der Dritte muss sich ernsthaft Sorgen machen. Alles, was außerhalb des Kerngeschäftes liegt, das geht meist schief. Man muss sich

auf das Kerngeschäft konzentrieren. Wir müssen also offensiv sein, unseren Job gut machen, die Einsatzfreude und die Kreativitätspotentiale unserer sehr engagierten Mitarbeiter nutzen und die Kunden von der Nachhaltigkeit einer professionellen Bankbeziehung überzeugen. Die Ausgangslage ist nicht schlecht. Die Sparkassen haben derzeit die Chance, Marktanteile – etwa im Kommerzkreditgeschäft – zu gewinnen. Die Finanzkrise und die Diskussionen der vergangenen Jahre sind eine echte Chance für die dezentralen Sektoren. Nicht zuletzt deshalb, weil sich einige Banken aus bestimmten Geschäftsfeldern verabschieden. Bei uns in den Sparkassen ist jetzt

„**Finanzielle Leistungsfähigkeit ist der beste Schutz für die Eigenständigkeit**“

nen der vergangenen Jahre sind eine echte Chance für die dezentralen Sektoren. Nicht zuletzt deshalb, weil sich einige Banken aus bestimmten Geschäftsfeldern verabschieden. Bei uns in den Sparkassen ist jetzt

knochenharte Arbeit angesagt, unabhängig von der Größe. Ich bin nämlich nicht der Meinung, dass eine große Bank auch gleich eine gute Bank sein muss. Entscheidend sind gute und motivierte Mitarbeiter und der konsequente Kontakt zum Kunden.

Wie steht es um das Verhältnis der Sparkassen zueinander?

Natürlich gibt es da und dort Konflikte zwischen den Sparkassen und der Erste Bank. Da möchte ich für sachliche Diskussionen sorgen. Die Erste Bank Österreich hat zweifellos einen Kompetenz- und Know-how-Vorsprung in bank-spezifischen Themen. Daraus resultiert aber auch eine große Verantwortung, diese zum Wohl aller zu investieren.

Es kann aber innerhalb der Sparkassengruppe keine Geschenke an kleine Institute geben, es gibt nur ernstgemeinte Hilfe auf Augenhöhe. Das wiederum müssen sich die Kleinen vergegenwärtigen.

Das Image der Banken ist angekratzt, selbst für junge Menschen ist eine Bankkarriere nicht mehr der zwingende Berufswunsch. Was kann man dagegen tun?

Ja, wir müssen die Bankendistanz der Jungen überwinden, weil wir die Besten für die Sparkassen bekommen wollen und auch müssen. Das braucht Motivation und auch Imagepflege durch Professionalität und Seriosität. Am Wirtshaustisch sind die Banken als Schuldige an den krisenhaften Erscheinungen längst gefunden. Das ist leider eine Folge des politischen Banken-Bashings. Für die Sparkassen heißt das mehr denn je: An unseren Taten werdet ihr uns erkennen!

Das Interview führte Milan Frühbauer



„Wir müssen offensiv sein, unseren Job gut machen, die Einsatzfreude und die Kreativitätspotentiale unserer sehr engagierten Mitarbeiter nutzen und die Kunden von der Nachhaltigkeit einer professionellen Bankbeziehung überzeugen.“

Kundenorientierung der Sparkassen ausgezeichnet

Der Finanz-Marketing Verband Österreich (FMVÖ) kürte erneut die besten Banken und Versicherungen mit dem „Recommender Award“ für Kundenzufriedenheit.

Die Österreichische Sparkassengruppe konnte sich heuer in der Kategorie „Banksektoren“ als alleiniger Gewinner durchsetzen. In der Kategorie „Großbanken“ siegte die Erste Bank, in der heuer neuen Kategorie „Bankversicherungen“ ging der Award an die Sparkassenversicherung. Den Preis „Aufsteiger des Jahres“ für einen großen Zu-gewinn an Vertrauen nahm die Salzburger Sparkasse entgegen. Für die Sparkassengruppe sind diese Auszeichnungen ein wichtiges Signal dafür, dass die Entscheidung, den Kunden noch mehr in den Mittelpunkt zu rücken, richtig ist. Weitere Gütesiegel für hervorragende oder sehr gute Kundenorientierung gingen an die Sparkasse Oberösterreich, die Kärntner Sparkasse, die Steiermärkische Sparkasse sowie die s Bausparkasse.

Der Recommender steht seit seiner Einführung im Jahr 2007 für Loyalität und Weiterempfehlungsbereitschaft der Kunden. Die Ergebnisse basieren auf einer Umfrage des Marktforschungsinstituts Telemark Marketing unter 8.000 Kunden.

EINBLICK



Milan Frühbauer

Opportunitäten und die Sachzwänge

Es begab sich beim jüngsten Sparkassentag. In den hochinteressanten Diskussionen am ersten Veranstaltungstag ging es unter vielen brisanten Fragen auch um diese:

Ist die Tatsache, dass sich Spanien, Portugal und sogar Griechenland auf den internationalen Kapitalmärkten wieder zu tragbaren Konditionen refinanzieren können, der europaweiten EZB-Geldschwemme geschuldet? Oder ist das bereits Ausdruck des wiederaufkeimenden Vertrauens der Investoren in das Wiedererstarken der Volkswirtschaft an der „Peripherie“ der EU? Ex-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer gab sich als Kenner des ökonomischen Geschehens auf der Iberischen Halbinsel zu erkennen und plädierte für das Argument des Wiederanspringens der Wachstumsmotoren. Internationale Investoren kehrten beispielsweise langsam nach Spanien zurück. Das untermauerte der ehemalige SPÖ-Vorsitzende mit einem bemerkenswerten Hinweis: „Wenn die Lohnkosten sinken, dann kommen eben die Investoren wieder!“

Es ist immer wieder faszinierend zu sehen, wie rasch Ex-Politiker, die nunmehr als Manager oder Berater im internationalen Unternehmensbereich tätig sind, die Wirkungsmechanismen zwischen Kostenstruktur und Wettbewerbsfähigkeit verinnerlichen. Egal aus welchem weltanschaulichen Lager sie kommen, die Sachzwänge der Wettbewerbswirtschaft bestimmen bald das ökonomische Bewusstsein. Missmutig fragt sich gelegentlich der Bürger, warum solche Einsicht nicht schon zur Aktivzeit in der Politik reifen kann. Schüttelt erst der politische Emeritus die Fesseln der Opportunität ab und widmet sich der Leistungsgesellschaft, wie sie wirklich organisiert ist? Nun fordert ja niemand ernsthaft das Zurückschrauben des Lohnniveaus in den exportorientierten Industriestaaten wie Österreich, aber die Arbeitskos-

ten werden sehr wesentlich von den Lohnnebenkosten mitbestimmt. Dass Österreich derzeit bei der Inflationsrate die europäische „Marktführerschaft“ übernommen hat ist sehr wesentlich auch das Ergebnis der heimischen Steuer- und Abgabepolitik. Nicht nur beim Bund, sondern auch in den übrigen Gebietskörperschaften.

Angesichts der jüngst wieder beschlossenen Steuererhöhungen und der Abgabepolitik etwa in der Bundeshauptstadt ist Österreich vor dem Risiko der Deflation gleichsam amtlich bewahrt.

Zurück zum Ernst: Was sich viele Bürger wünschen ist die Akzeptanz der Realitäten des Alltags. Das heißt nicht, die Politik sollte auf Visionen verzichten. Aber sie muss Visionäres stärker am Erleben des Alltags der Menschen orientieren. Sieht man sich die teils militant vertretenen Nischenprogramme diverser NGOs an, dann wird die Kluft zwischen dem intellektuellen Anspruch und der öffentlichen Akzeptanz sichtbar. Urban Gardening ist ein reizvolles Projekt der städtischen Bürgerbeteiligung, die Infrastrukturprobleme von Städten sind damit nicht zu lösen. Vegane Ernährung löst nicht das Unterversorgungsproblem in Entwicklungsländern, auch wenn das die Vegan-Apostel behaupten. Die Kürzung der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit ist sehr bedauerlich, aber erst jenen emotional vermittelt werden, die vom Finanzamt soeben die neue Quartalsvorschreibung in der Einkommensteuer bekommen haben. Die mediale Begeisterung der Medien und der Rathauspolitik für den Life Ball in Ehren, aber in einer Stadt mit knapp 100.000 arbeitslos Gemeldeten und einem Höchstschuldenstand nimmt es nicht wunder, wenn viele andere Sorgen haben.

Muss man wirklich immer warten, bis einer oder eine „in die Wirtschaft“ gehen?

Muss man wirklich immer warten, bis einer oder eine „in die Wirtschaft“ gehen?

Milan Frühbauer ist Wirtschaftsjournalist. Der ehemalige Chefredakteur der Zeitschrift „industrie“ ist wirtschafts- und medienpolitischer Kommentator der Fachmedien des Manstein Verlags und Chefredakteur der Österreichischen Sparkassenzeitung.

„Mit Pensionskonto Neu Vorsorgeverhalten ändern“

Der österreichische Marktführer in der Lebensversicherung ist gerüstet. Wenn dieser Tage der elektronische Einblick in das individuelle „Pensionskonto“ möglich wird, dann wird auch die Beratungsoffensive der Sparkassengruppe voll einsetzen. Für Vorstandschef Heinz Schuster und Vorstandsdirektor Manfred Rapf ist das nicht die einzige Herausforderung, denn auch der betrieblichen Vorsorge gilt volle Aufmerksamkeit.

Die Basis ist solide, die Marktführerschaft gefestigt. „Trotz des sensiblen Marktumfeldes blicken wir auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2013 zurück. Während die Prämien aus der Lebensversicherung am Gesamtmarkt um 0,3 % zurückgegangen sind, konnten wir



Heinz Schuster: „Wir sind für das Pensionskonto Neu bestens gerüstet“

ein Plus von 1,7 % erzielen, was unsere führende Marktposition in der Lebensversicherung einmal mehr unterstreicht“, betont Vorstandsvorsitzender Schuster im Gespräch mit der Sparkassenzeitung. Der Status der s Versicherung kann sich sehen lassen: Nummer 1 im Einmaleralg, größter Lebensversicherer insgesamt, führend auch in der betrieblichen Altersvorsorge und auch dominant im Bankenvertrieb. Das Prämienvolumen erreichte im Vorjahr rund 860 Mio. Euro und mehr als 1,2 Millionen Verträge sind im Bestand. Dass die Bindefrist bei Einmaleralagen in der Lebensversicherung für über 50-Jährige ab 1. März 2014 wieder auf zehn Jahre reduziert wurde, wertet Schuster als klar positives Signal.

„Die Reform der Zukunftsvorsorge war ein wichtiger erster Schritt in die richtige Richtung und hat vor allem mehr Flexibilität bei der Veranlagung und umfassende Transparenz für die Kunden gebracht. Hier zeichnet sich heuer bereits ein deutlicher Anstieg in der Kundennachfrage ab. Ein wichtiges Anliegen in einem zweiten Reformschritt wäre jedoch, dass die private Pflegevorsorge – wie auch in Deutschland – vom Staat beispielsweise im Rahmen der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge mitgefördert wird“, unterstreicht Manfred Rapf den dringenden Handlungsbedarf in der privaten Pflegevorsorge. Derzeit haben rund 30 Prozent der s Privat-Pension-Kunden auch eine Pflegevorsorge inkludiert. Die Einbeziehung dieses Risikos in die

staatliche Förderung würde dem Produkt einen beachtlichen Schub geben. Rapf rechnet mit einer Verdoppelung der Abschlüsse in der prämienbegünstigten Privatpension im laufenden Geschäftsjahr.

Handlungsbedarf ist das Stichwort: Diesen werden viele Bürger haben, wenn sie Einblick in das elektronische Pensionskonto nehmen werden. Dazu hat die s Versicherung im Vorfeld eine Studie in Auftrag gegeben, um für diese Stunde X bestens gerüstet zu sein.

„Viele Bürger werden dabei eine wohl negative Überraschung erleben“, meint Schuster. Deshalb stehe die s Versicherung „Gewehr bei Fuß“, um in einer Beratungsoffensive, für die bereits die Mitarbeiterschulung in den Sparkassen abgeschlossen werden konnte, das Vorsorgeverhalten vieler Menschen nachhaltig zu ändern. Die Sensibilität der Betroffenen ist schon vorhanden. 48 % der Österreicher wissen bereits, was der Begriff „Pensionslücke“ bedeutet (Vergleich 2011 37%). Diese wird bei eigenem Pensionsantritt auf rund 600 Euro – und damit um 50 Euro höher als noch 2011 – geschätzt.

Massiven Aufklärungsbedarf gäbe es aber nach wie vor noch bei den Jungen, für die insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung die ergänzende private Altersvorsorge zunehmend an Relevanz gewinnen werde.

Der Zugang zum persönlichen Pensionskonto lässt sich für Kunden in jeder Filiale von Erste Bank und Sparkassen via Handysignatur freischalten. Den Begriff Pensionskonto können bereits 6 von 10 Österreichern klar einordnen und fast jeder Fünfte (18 %) weiß, welche Änderungen damit verbunden sind. Dennoch fängt ein Drittel mit dem Thema noch gar nichts an. Hier gilt es in der Information aktiv zu werden. Ein Vorsorgerechner wird dabei Berater im Bankenvertrieb unterstützen. „Bis Jahresende ist das für zehntausende Menschen ein relevantes Thema“, schätzt Schuster. Die kritische Stimmung – vor allem in der veröffentlichten Meinung – gegenüber der Lebensversicherung ist für Manfred Rapf eine Herausforderung: „Natürlich macht uns die anhaltende Niedrigzinsphase das Leben nicht leicht. Aber wir bieten eine wirklich lebenslange Altersvorsorge. Das können Sparpläne nicht leisten. Auch die gelegentlich vom VKI kolportierten Horrormeldungen über die Vertriebskosten kann ich nicht nachvollziehen.“ Ein weiterer Schwerpunkt der Ge-

schäftstätigkeit der s Versicherung ist die betriebliche Altersvorsorge auf Versicherungsbasis. Hier ist man in einer Position der anerkannten Professionalität und umfassender Erfahrung.

Mit einem Prämienvolumen von 203 Mio. Euro im Vorjahr und einem Marktanteil von 30,8 % positioniert sich die s Versicherung auch in diesem Segment als klarer Marktführer und verzeichnete auch in der betrieblichen Kollektivversicherung das stärkste Wachstum unter den Versicherungen in Österreich. „Drei von vier Pensionskassen-Pensionisten, die aufgrund der Pensionskassengesetzesnovelle bis Ende Oktober 2013 in das sichere Modell der betrieblichen Kollektivversicherung umgestiegen sind, haben der s Versicherung ihr Vertrau-



Manfred Rapf: „Wir haben in der Lebensversicherung auch die Kostenführerschaft.“

en geschenkt, womit sich einmal mehr unser Modell der Bankpartnerschaft bewährt hat“, registriert Schuster nicht ohne Stolz.

Anwartschaftsberechtigte bei Pensionskassen haben bekanntlich ab dem 55. Lebensjahr die Möglichkeit, jeweils bis zum 31. Oktober des Jahres in eine betriebliche Kollektivversicherung zu wechseln. Diese Wahlmöglichkeit für den Einzelnen sei wichtig und richtig, betonen die beiden Vorstände. „Wir werden uns mit unseren Experten weiter stark für diesen Wechsel engagieren“, unterstreicht Schuster, der viele Anwärter bei Pensionskassen enttäuscht sieht, weil dereinst unrealistische Verrechnungszinssätze den Berechnungen zugrunde gelegt wurden.

Die Marktführung in der Lebensversicherung und der betrieblichen Altersvorsorge in Österreich zu halten und auch noch weiter auszubauen sind die Ziele für 2014.

Das Interview führte Milan Frühbauer

„Derzeit eher eine Nachfrageklemme“

Von einer Kreditklemme kann keine Rede sein. Erste Bank und Sparkassen wollen sich verstärkt in der Unternehmensfinanzierung engagieren, unterstreicht Peter Bosek, Mitglied des Vorstands der Erste Bank. Doch eine Studie von Macro-Consult zeige die geänderten Rahmenbedingungen: Vor der Finanzkrise war ein Kreditwachstum von 1,1 % erforderlich, um einen Wachstumsprozenpunkt beim BIP zu schaffen. Jetzt sind es nur mehr 0,3 %.

Die Zurückhaltung der Unternehmen bei der Kreditnachfrage ist evident, trotz deutlicher Wachstumsperspektiven. Die Einlagen-situation der Unternehmen ist gut und es kommt auch zu einer stärkeren Inanspruchnahme des Anleihe-marktes. Auch aus dem Cash-Flow kann derzeit in vielen Betrieben ausreichend finanziert werden. Das wird aber nicht so bleiben, denn für heuer werden 1,7 % Wirtschaftswachstum erwartet, 2015 sollen es bereits 2 % sein. Parallel dazu wird mit einem Exportwachstum von jährlich rund 5 % gerechnet.



Erste-Bank Vorstand Peter Bosek: „Wir gehen von einer baldigen Belebung der Kreditnachfrage aus.“

Bankkredit spielt immer noch eine wichtige Rolle

„Die Türen werden uns von den Unternehmen noch nicht eingerannt. Aber im ersten Quartal 2014 haben wir bereits um fast 15 % mehr Frischkredite als im Vergleichszeitraum des letzten Jahres vergeben. Unsere Türen stehen weit offen, wir haben den absoluten Willen zum Finanzieren“, so Bosek. Die Sparkassengruppe hat im ersten Quartal 2014 2,25 Mrd. Euro an neuen Krediten (ohne Haftungen) vergeben im Vorjahr waren es im Vergleichszeitraum 1,97 Mrd. Euro.

Der Bankkredit spielt nach wie vor in Österreich eine dominante Rolle. 71 % aller Fremdfinanzierungen werden über Kredite gedeckt. Insgesamt lagen die gesamten Verpflichtungen (Passiva), also Eigenkapital und Fremdkapital, der österreichischen Unternehmen im 4. Quartal 2013 bei knapp 752 Mrd. Euro. Im Bereich Fremdfinanzierung setzen Unternehmen ihren Schwerpunkt auf langfristige Bankkredite. Diese beliefen sich auf 224,3 Mrd. Euro und machten 58,6 % der Fremdfinanzierung aus. Auf kurzfristige Kredite mit 47,1 Mrd. Euro setzen 12,2 %. Das heißt insgesamt 71 % aller Fremdfinanzierungen werden über Bankkredite abgedeckt. Außerdem gewannen Unternehmensanleihen in den letzten 15 Jahren zunehmend an Bedeutung: Waren es im Jahr 2000 noch 17,4 Mrd. Euro Anleihefinanzierung, stieg der Betrag bis 2013 bereits auf 64,3 Mrd. Euro an. Der Bereich Eigenfinanzierung belief sich auf gesamt 368,9 Mrd. Euro bzw. 49,1 %. Den größten Teil davon machten mit 368,9 Mrd.

„Sparkassen forcieren Unternehmenskredit“

Euro sonstige (GmbH-Anteile und

Anteils-papiere Aktien) aus.

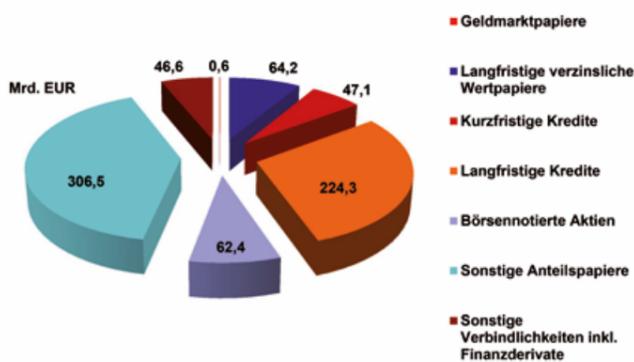
quote von 17 % (2001/02) auf 29 % (2011/12) gelang.

Kredite sind äußerst günstig

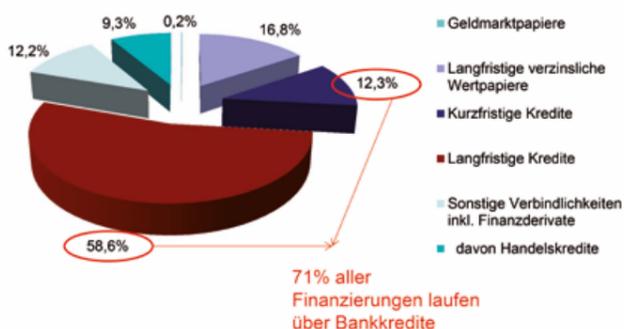
Die Kreditkonditionen in Österreich sind derzeit für alle Kreditnehmer durch die niedrige Zinslage äußerst günstig. Der Zinssatz im Neugeschäft für Kredite bis 250.000 Euro betrug zuletzt im Durchschnitt nur 2,7 %. Deutsche KMU mussten 3,7 % (also um 100 Basispunkte mehr) und italienische sogar 4,9 % (um 220 Basispunkte) mehr bezahlen.

Österreichs KMU haben im vergangenen Jahrzehnt die langfristige Finanzierung gegenüber den kurzfristigen, jährlich zu verlängernden Kreditlinien deutlich ausgebaut, nicht zuletzt weil eine Erhöhung der Eigenkapital-

Wie finanzieren sich Österreichs Unternehmen? (Stand 4. Quartal 2013, Mrd. EUR)



Wichtige Rolle der Banken (Stand 4. Quartal 2013, Anteile in %)



AUSBLICK



Christine Domforth

Rote EU-Karte für das Budget

Echte Budgetdisziplin sieht anders aus: Zwar dürfte die EU bald jenes Defizit-Verfahren einstellen, das gegen Österreich seit dem Jahr 2009 lief. Damals ging es um das Überschreiten der Dreiprozent-Grenze beim Budgetdefizit. Doch schon droht der nächste EU-Rüffel für Österreichs Staatsfinanzen.

Die Bundesregierung peilt das strukturelle Nulldefizit erst für 2016 an und nicht schon 2015, wie es die von Österreich selbst mitbeschlossenen EU-Regeln vorsehen. Heuer steigen außerdem die Staatsausgaben in Österreich stärker als im Fiskalpakt vorgesehen, womit wir gleich zwei von vier EU-Vorgaben nicht erfüllen.

Dabei ist das strukturelle Nulldefizit, auf das sich nun die Aufmerksamkeit konzentriert, ein Etikettenschwindel. Bei dieser Kennzahl werden Einmaleffekte und Konjunkturschwankungen herausgerechnet, obwohl sie natürlich ihren Niederschlag in den Staatsfinanzen finden, und – siehe Hypodesaster und Wirtschaftseinbruch 2009 – ungeplante Mehrbelastungen im Budget weit häufiger sind als erwartete Mehreinnahmen. Und ein Budgetabgang von knapp 0,5 Prozentpunkten, das wären für Österreich immerhin satte 1,6 Milliarden Euro, geht noch als „Nulldefizit“ durch.

„Nur net hudeln“

Zunächst hatte die Regierung gehofft, es werde in Brüssel nicht so heiß gegessen wie gekocht, die EU-Kommission werde es also akzeptieren, wenn Österreich nach der Devise „nur net hudeln“ das strukturelle Nulldefizit erst ein Jahr später erreicht. Doch das erwies sich als frommer Wunsch, weshalb der Finanzminister für 2014 in Windeseile „nachgeschärfte“ Budgetzahlen nach Brüssel meldete. Offenbar hatte die Regierungsspitze er-

kannt, dass die EU es jetzt mit der Budgetdisziplin wirklich ernst meint und bei diesem Thema nicht mehr wie ein zahnlöser Tiger agiert. Immerhin hat die Eurozone nur mühsam das Vertrauen der Finanzmärkte wiedergewonnen und darf es nun nicht gleich wieder verspielen.

Eine EU-Verwarnung in Sachen Budgetdisziplin ist also kein Luxusproblem, wie Kanzler Faymann vollmundig formulierte. Sobald sich ein Land eine „erhebliche Abweichung“ von den EU-Fiskalregeln leistet, wird laut Bernhard Felderer, dem Chef des heimischen Fiskalrates, „die Regel beißend“. Anders als früher erfolgen die Sanktionen gegen Budgetsünder, die bis zu saftigen Geldbußen reichen können, künftig automatisch.

Härte auch gegen Paris?

Vor einigen Jahren war das noch ganz anders. Als ausgerechnet Deutschland und Frankreich als erste Euro-Länder gegen die Defizit-Vorgaben von Maastricht verstießen, kamen sie ohne den berühmten „blauen Brief“ davon. Die „Grande Nation“ bekommt auch heuer und im kommenden Jahr ihr Budgetdefizit nicht in den Griff und dürfte die Sanierung frühestens 2018 schaffen. Ob die EU-Kommission gegen Paris diesmal hart durchgreift, wird sich zeigen.

Bei kleinen Ländern wird sie nach Einschätzung Felderers hingegen strikt vorgehen. Deshalb müsse Österreich das strukturelle Nulldefizit schon 2015 erreichen und dann auch dauerhaft halten. Das wird freilich nur gelingen, wenn man die seit Jahren diskutierten Strukturreformen sofort anpackt. Weil die Konzepte dafür bereits in den diversen Schubladen liegen, braucht es nicht wieder neue Kommissionen, sondern nur den politischen Mut zur Umsetzung, der bisher leider gefehlt hat.

Christine Domforth ist freie Journalistin in Wien.

Mehr als 90.000 neue Kunden

Die 48 österreichischen Sparkassen (inklusive Erste Bank Oesterreich und „Die Zweite Sparkasse“, aber exklusive Erste Group Bank AG) konnten im Jahr 2013 – trotz einem für die heimische Kreditwirtschaft durchaus schwierigen Umfeld – beachtliche Ergebnisse erzielen.

Mehr als 90.000 netto an neuen Kunden sind ein beachtlicher Vertrauensbeweis in Regionalität, Professionalität und Vertrauenswürdigkeit.

Der Jahresüberschuss nach Steuern stieg um 23,2 % auf 270,5 Millionen Euro. Verantwortlich dafür waren das deutlich wachsende Kundengeschäft sowie die sinkenden Wertberichtigungen (-18,5 %). Durch die rasche Reaktion zu Krisenbeginn im Vorsorgebereich normalisiert sich der Wertberichtigungsbedarf, wodurch eine Steigerung des EGT (+20,1 %) und des Jahresüberschuss nach Steuern zu verzeichnen sind. Erste Bank und Sparkassen haben im Jahr 2013 8,8 Milliarden Euro an neuen Krediten (Private und Unternehmen) vergeben, was eindeutig gegen die oft thematisierte Kreditklemme spricht. Zum Jahresende betrug die Loan to Deposit Ratio, also das Verhältnis von Krediten zu Einlagen, 96,1 % (2012: 97,6 %). Der österreichische Durchschnitt liegt bei 119 %. Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank der österreichischen Sparkassen: „Kredite zu vergeben ist unser Kerngeschäft. Wenn die Prognosen zum Wirtschaftswachstum so eintreten, rechnen wir beim Kreditvolumen mit einer deutlichen Steigerung.“

Im Jahr 2013 haben die 48 österreichischen Sparkassen:

- 16.000 Familien den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen,
- trotz Niedrigzinsen 650 Mio. Euro



Foto: Erste Bank - Daniel Hintermannsögl

Thomas Uher (Erste Bank) und Christian Aichinger (Sparkassenverband): „Die Kernkapitalquote liegt bei 15,2 Prozent.“

- ro an die Sparer ausgeschüttet,
- mehr als 63.000 Pensionisten den Lebensabend mit 236 Mio. Euro Privatpension verbessert,
- für rund 170.000 Kommerzkunden als verlässlicher Partner der mittelständischen Wirtschaft agiert.
- 150 Mio. Euro in die Finanzierung von Solar- und Windenergie investiert,
- 6.000 Jungunternehmern die Umsetzung ihrer Geschäftsidee ermöglicht,
- mit der Zweiten Sparkasse 10.000 Menschen den Wiedereinstieg in ein geregeltes Geldleben ermöglicht.

Bilanz der Sparkassen

Die Bilanzsumme der 48 Mitglieder der Sparkassen (inkl. Erste Bank Oesterreich, und Die Zweite Sparkasse, exkl. Erste Group Bank) hat sich um 2 % auf 84 Mrd. Euro verringert. Das liegt vor allem an der Minderung der Forderungen und Verbindlichkeiten an Kreditinstitute. Die Primärmittel sind im Jahresvergleich um 1,0 % gegen den allgemeinen Markttrend (-1,1 %) auf insgesamt 63,8 Mrd. Euro gewachsen. Die gesamten verwalteten Kundengelder (inkl. Bauspar- und Versicherungseinlagen) sind um 1 % auf 140,5 Mrd. Euro gestiegen. Der Anstieg ist in allen Bereichen zu beob-

achten. Die Forderungen an Kunden sind mit insgesamt 54,5 Mrd. Euro nahezu auf dem gleichen Niveau wie im Jahr davor (-0,7 %). Der Gesamtmarkt ist hingegen um 1,8 % geschrumpft. Insgesamt haben Erste Bank und Sparkassen im Jahr 2013 in Österreich neue Kredite in Höhe von 8,8 Mrd. Euro vergeben. Im Bereich der Fremdwährungskredite konnte eine erfreuliche Reduktion um ein Fünftel (-18,4 %) erzielt werden. Die Eigenmittelsituation hat sich bei den Sparkassen in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert, auf derzeit 6,36 Mrd. Euro und sind damit seit 2008 um 0,8 Mrd. Euro (+14%) gestiegen. Der Anteil des Kernkapi-

tals an den gesamten Eigenmitteln beträgt 81 % (2012: 79 %), die Kernkapitalquote bezogen auf das Kreditrisiko liegt damit bei 15,2% (2012: 14,3 %). Die Eigenkapitalverzinsung (RoE) hat sich von 4,5% im Vorjahr auf 5,3% verbessert. Der Personalstand hat sich gegenüber dem Jahresende 2013 auf 10.466 um 346 rechnerische Mitarbeiter (rMA) verkleinert. Nach Köpfen gezählt, beschäftigten Erste Bank und Sparkassen 13.248 Mitarbeiter. Erste Bank und Sparkassen haben in Österreich 1.160 Filialen und OMV-Bankstellen. Die Kundenanzahl hat sich auf 3.361.811 Kunden erhöht.

„Zuwachs bei den Primärmitteln“

Passiva in Ts €	2013	2012	VÄ %
Primärmittel	63.828.324	63.185.048	1,0
hievon Spareinlagen	36.377.757	37.414.419	-2,8
hievon Sichteinlagen	16.063.068	14.286.717	12,4
hievon Termineinlagen	4.279.109	4.506.269	-5,0
hievon sonst. Einlagen (nachrangig)	18.081	22.415	-19,3
hievon Verbriefte Verbindlichkeiten	7.090.309	6.955.228	1,9

Vom Kreditengpass ist keine Rede

Die Kreditvergabepolitik der österreichischen Banken an KMU und private Haushalte ist praktisch unverändert. Dies zeigen die Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2014.

Für Finanzierungen von kleineren und mittleren Unternehmen (KMU) sowie für Kredite an private Haushalte blieben die Standards unverändert, für Ausleihungen an Großbetriebe wurden sie geringfügig verschärft. Diese Ansicht vertraten die Kreditmanager führender Banken im Rahmen der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft vom April 2014, in der sie ihre Einschätzung zur Kreditentwicklung im abgelaufenen Quartal sowie einen Ausblick auf das laufende Quartal gaben. Nachdem im zweiten Halbjahr 2013 keine Änderungen der Kreditrichtlinien im Firmenkundengeschäft verzeichnet wurden, kam es im ersten Quartal 2014 zu einer

„Unveränderte Vergabekriterien bei Kommerzkrediten“

die Richtlinien in diesem Zeitraum unverändert. Für das zweite Quartal 2014 gehen die befragten Institute von unveränderten Vergaberichtlinien für Firmenkredite aus. Kreditrichtlinien sind die internen Kriterien – sowohl die schriftlich festgelegten als auch die ungeschriebenen – die bestimmen, welche Art von Krediten eine Bank vergeben möchte.

Kreditnachfrage unverändert
Im Hinblick auf die Kreditnachfrage der Unternehmen registrierten die

geringfügigen Verschärfung, die jedoch ausschließlich die Standards für Ausleihungen an Großbetriebe betraf. Für KMU-Finanzierungen blieben

befragten Banken in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres einen minimalen Rückgang. Sowohl Großbetriebe als auch KMU schränkten

ihre Kreditnachfrage etwas ein. Für das zweite Quartal 2014 erwarten die Banken eine unveränderte Kreditnachfrage der Unternehmen.



Für das zweite Quartal 2014 erwarten die Banken eine unveränderte Kreditnachfrage der KMU.

Im Privatkundengeschäft blieben die Richtlinien für Wohnbaufinanzierungen sowie für Konsumkredite im ersten Quartal 2014 unverändert. Auch für das zweite Quartal 2014 erwarten die befragten Banken keine Änderung der Standards für Kredite an private Haushalte. Die Kreditnachfrage der Haushalte stieg im ersten Quartal 2014 in der Einschätzung der befragten Banken geringfügig, für das zweite Quartal wird hingegen ein marginaler Rückgang erwartet. Die Refinanzierungssituation der Banken gestaltete sich im ersten Quartal 2014 weiterhin relativ stabil. Zwar wurden vereinzelt leichte Beeinträchtigungen der Mittelaufnahme auf dem Geld- und Anleihe Markt konstatiert, die Entwicklung auf den europäischen Staatsanleihemärkten trug jedoch per saldo leicht zur Lockerung der Finanzierungsbedingungen der österreichischen Banken bei.

Den Bock zum Gärtner machen!

Die Kommissionsmitteilung zur langfristigen Finanzierung der europäischen Wirtschaft will weg vom Banken- hin zum Kapitalmarkt! Für die KMU wird ein Paradigmenwechsel angestrebt. Eine neue Regulierungsflut in Richtung einer kapitalmarktorientierten Ökonomie droht.

Roland L. Tassler,
Sparkassenverband, Brüssel

Der positive Beitrag der neuen Bankengesetzgebung zur Finanzmarktstabilität ist unbestritten. Die negativen Auswirkungen auf die Realwirtschaft sind es aber mittlerweile auch. Seit 2010, als die Regulierungslawine auf die europäischen Banken niederging, hat der Österreichische Sparkassenverband auf die sich selbst verstärkenden Nebeneffekte des wohl umfangreichsten Maßnahmenkatalogs zur Bankenregulierung in der Geschichte der Europäischen Union hingewiesen. Die laufenden Umsetzungsanstrengungen der Banken verknüpft mit Vorzieheffekten zeigen, dass die regulatorischen Reformen einen enormen Druck auf Margen und operative Kapazitäten ausüben.

„Die volkswirtschaftlichen Funktionen der Banken übersehen“

Vor dem Hintergrund noch immer relativ schlechter Wachstumsaussichten in vielen EU-Mitgliedstaaten hat die Europäische Kommission Handlungsbedarf erkannt. Sie will die Finanzierung der europäischen Unternehmen sicherstellen. Ihr Wundermittel, das der europäischen Wirtschaft neue Lebenskraft einhauchen soll, ist aber sehr kritisch zu bewerten. Anstatt Lösungen vorzuschlagen, die darauf Bezug nehmen, dass zu 85 % der Bankensektor die europäischen Unternehmen finanziert, soll mit einer neuerlichen Regulierungsflut eine Systemumstellung auf eine kapitalmarktbasierende Ökonomie forciert werden.

KMU-Struktur wird negiert

Als Beispiele für diesen geplanten Übergang zu einer neuen Finanzierungsstruktur europäischer In-

dustrie- und KMU-Betriebe sind folgende Überlegungen genannt: Entwicklung neuer Verbriefungsinstrumente für KMU, die Entwicklung von Fonds für soziale und langfristige Investitionen, einem europäischen Markt für Projekt-

anleihen, der Aufbau spezieller Märkte und Netze für KMU, die Förderung „nichttraditioneller“ Finanzierungsquellen (z. B. Crowdfunding) etc. Obwohl einige der genannten Maßnahmen für eine kleine Gruppe

von Betrieben durchaus nützliche Ergänzungen zur herkömmlichen Bankenfinanzierung darstellen können, ist es zweifelhaft, ob die kleinteilige KMU-Struktur in Europa Nutznießer dieses angestrebten Paradigmenwechsels sein wird. In der Betrachtung der Kommission werden auch gänzlich die wichtigen volkswirtschaftlichen Funktionen des Bankensektors, besonders im Bereich der Größen-, Fristen- und Risikotransformation, übersehen. Der dargestellte Ansatz der Kommission, die negativen Auswirkungen von Gesetzen mit der Schaffung neuer Gesetze, die sich wiederum negativ auf den Bankensektor auswirken werden, auszugleichen, ist daher entschieden abzulehnen. Anzuraten ist vielmehr eine Methode, die zielgerichteter und dadurch schneller bzw. effizienter Erfolge liefern würde: den Regulierungsdruck auf die Banken zu reduzieren, und es ihnen durch eine Regulierungspause zu erleichtern, Industriebetriebe und KMU in ausreichendem Maße mit Krediten zu versorgen.



Es ist zweifelhaft, ob die kleinteilige KMU-Struktur in Europa Nutznießer des angestrebten Paradigmenwechsels sein wird.

Visegrád-Erfolgsstory namens EU-Beitritt

Als die Visegrád-Länder (Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei) 2004 der EU beitraten, waren ihre Volkswirtschaften in ziemlich schwacher Verfassung: Bei einer Einwohnerzahl von mehr als 64 Millionen und somit 13 % der EU-28 betrug die Wirtschaftsleistung der vier Volkswirtschaften gerade einmal 3,7 % der gesamten EU-28. Doch der Aufholprozess ist beeindruckend.

„Zehn Jahre nach dem EU-Beitritt sind die sozioökonomischen Fortschritte in der Staatengruppe V4 offensichtlich. Die EU-Mitgliedschaft hat die Wirtschaftskraft dieser Länder stark gesteigert. Deren Anteil am BIP der EU-28 ist im Laufe der letzten Dekade um die Hälfte gewachsen und beträgt nun 5,4 %. Am deutlichsten verstärkte sich die Position der V4 im Außenhandel, wo sie zum viertgrößten Exporteur der EU aufgestiegen sind. Auch bei den Einkommen konnten diese Länder eine starke Konvergenz erzielen. Das nach Kaufkraftstandards gemessene Pro-Kopf-BIP der V4 hat

sich von 49 % des EU-15-Durchschnitts im Jahr 2003 auf 65 % im Jahr 2013 erhöht. Damit hat sich der Einkommensabstand zwischen den V4 und den alten EU-Mitgliedern um ein Drittel verringert“, so Juraj Kotian, Head of CEE Macro/Fixed Income Research bei der Erste Group mit seiner Analyse. Die erzielten Fortschritte schlagen sich

nicht nur in Makrodaten nieder. Wie der Lebensqualitätsindex (ein Indikator, der nicht nur den materiellen Wohlstand misst, sondern auch Faktoren wie Lebenserwartung, Zahl der Schulabbrecher, Ungleichheit der Einkommen, geschlechtsspezifische Einkommensunterschiede, Selbstmordrate etc.) zeigt, konnten drei der vier V4-Länder ihr Ranking deutlich

verbessern, wobei Tschechien sogar Italien und Großbritannien überholte. Die Slowakei, Tschechien und Polen zählten zu jenen fünf Ländern, die ihre Lebensqualität im Laufe der vergangenen zehn Jahre am stärksten verbessern konnten, während Ungarn gleich nach Griechenland die stärkste Verschlechterung hinnehmen musste.

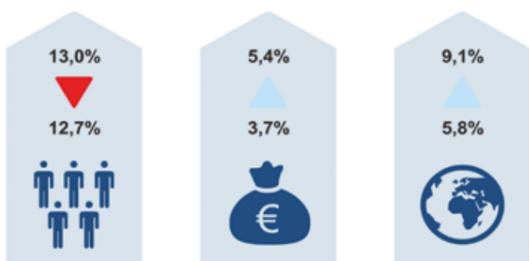
Export: Neue EU-Mitglieder überholten alte

Der EU-Beitritt eröffnete Unternehmen in den V4 neue Ausfuhrchancen, da er ihnen Zugang zu einem Binnenmarkt mit mehr als

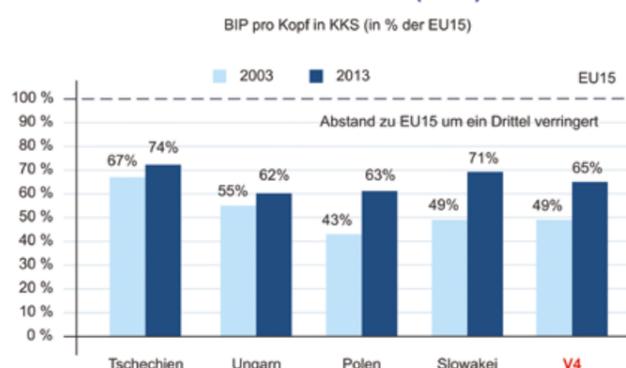
500 Millionen Kunden verschaffte. Die V4-Länder konnten die alten EU-Mitgliedstaaten beim Exportwachstum bei weitem überholen. Die Exporte wuchsen drei Mal so stark wie jene der alten EU-15. Die V4-Region ist heute der viertgrößte Exporteur der EU-28 (2003 lag sie noch auf Rang sechs) und wurde damit im Europavergleich zu einem echten Schwergewicht. Gleichzeitig waren die V4-Länder auch auf externen Märkten erfolgreich: Ihre Exporte in Länder außerhalb der EU-28 haben sich seit 2003 vervierfacht. Auch der österreichischen Wirtschaft kam der EU-Beitritt der V4-Länder zugute. Der Anteil der österreichischen Gesamtexporte, der in die V4-Länder ging, stieg von 8,9 % im Jahr 2003 (dem Jahr vor dem EU-Beitritt) auf 12,4 % im Jahr 2012. Als Exportmarkt gewann besonders die Slowakei an Bedeutung (auch als Folge der Einführung des Euro im Jahr 2009), wobei ihr Anteil vom 1,3 % im Jahr 2003 auf 3,5 % im Jahr 2012 stieg, während Ungarn als einziges der vier Länder anteilig weniger österreichische Waren und Dienstleistungen importierte (Rückgang von 3,6 % auf 2,9 %).

„Auch Österreich hat vom Visegrád-Erfolg profitiert.“

Visegrád-Länder durch EU-Beitritt wirtschaftlich gestärkt (2003 vs. 2013, in % der EU28)



BIP pro Kopf in den Visegrád-Ländern bei 65% der EU15 (2013)



Pensionssystem: Vergleiche orten akuten Reformbedarf



Eine Pensionsstudie der Allianz sollte Pflichtlektüre für die Politik werden. Vor allem dort, wo der Reformbedarf konsequent verneint wird. Die internationalen Vergleiche zeigen nämlich: Österreich ist der einzige westliche Industriestaat, in dem das durchschnittliche Pensionsantrittsalter noch immer unter 60 Jahren liegt.

„Das heimische Pensionssystem hat in den letzten 3 Jahren weiter an Boden verloren und liegt weltweit aktuell nur noch auf Platz 27. Um sich im Nachhaltigkeitsranking zu verbessern, sind weitere Reformen unseres Altersvorsorgesystems dringend notwendig“, interpretiert Wolfram Littich, Vorstandsvorsitzender der Allianz Gruppe in Österreich, die Ergebnisse der Allianz-Studie „2014 Pension Sustainability Index“.

In der brisanten Expertise wurde die Entwicklung der Altersvorsorgesysteme in 50 Staaten weltweit unter die Lupe genommen. Dabei wurden Faktoren wie Demographie, Staatsfinanzen und die jeweiligen Pensionssysteme in die Analyse mit einbezogen. Anhand einer Kennzahl soll die Notwendigkeit von Pensionsreformen gezeigt werden: Ein Schluss, der aus der Studie gezogen werden kann ist, dass Länder mit breit angelegten Altersvorsorgesystemen, die ihre Reformen früh begonnen haben, am besten positioniert sind. Der Sieger in diesem Ranking ist, wie auch schon 2011, Australien. Auf den Platzen folgen Schweden und Neuseeland.

„Ein gutes Ranking im Index deutet darauf hin, dass das Pensionssystem eines Landes gut mit aktuellen und künftigen demografischen Entwicklungen mithalten kann“, so die Studienautoren.

Für Österreich fiel das Ergebnis hingegen nicht positiv aus: So verschlechterte sich die Alpenrepublik von Platz 21 auf Platz 27.

Welche Indikatoren beeinflussen die Qualität des Pensionssystems? Ein wichtiger Punkt scheint dabei das Antrittsalter zu sein. So sind die Schweizer die einzigen Europäer, die später in Pension gehen, als es gesetzlich vorgesehen wäre, nämlich mit 65,7 Jahren. Auch die Schweden und Iren treten erst einige Jahre nach dem 60. Geburtstag den Ruhestand an. Österreich ist hingegen das einzige Land in Euro-

Verhältnis der Pensionen zum Durchschnittseinkommen



pa – mit Ausnahme der ehemaligen Warschauer Pakt-Staaten –, in dem das durchschnittliche reale Pensionsantrittsalter unter 60 Jahren, nämlich bei 58,6 Jahren liegt. Früher gehen nur noch die Brasilianer, Thailänder, Malaysier und Türken in Pension – mit durchschnittlich jeweils 55 Jahren.

Österreich liegt auf Rand 3

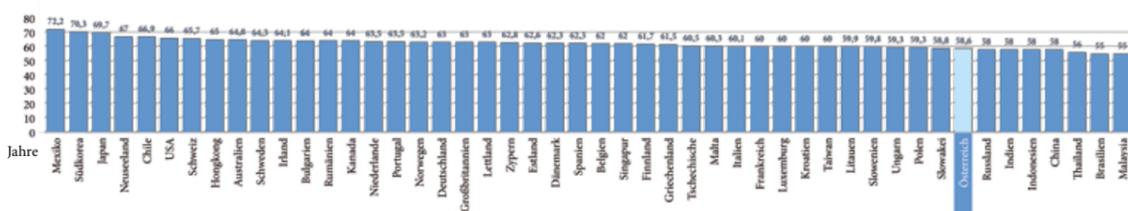
Im globalen Vergleich gibt Österreich 14,1 % des BIP für die erste Säule der Altersvorsorge aus – und liegt damit auf Platz 3. Nur Frankreich und Italien geben noch mehr Geld für das staatliche Pensionssystem aus, am wenigsten in Europa bringen die Niederlande auf (6,8 %), weltweit Malaysia (0,5 %). Obwohl Österreich diesen hohen Anteil am BIP für die erste Säule ausgibt, beträgt die Höhe der durchschnittlichen Pension nicht einmal die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens (48 %).

„Hohe Kosten für die erste Säule“

Die Pensionen der Franzosen oder Italiener betragen hingegen 59 bzw. 80 % eines Durchschnittseinkommens.

Um für die Zukunft gerüstet zu sein ist auch hierzulande eine stärkere Diversifizierung der Altersvorsorgesysteme notwendig: „Aus den Ergebnissen geht klar hervor, dass Österreich die Reformanstrengungen beim Pensionssystem intensivieren muss“, so der Allianz-Chef. Dazu zähle ein klares politisches Bekenntnis zur Kombination einer gesetzlich verankerten staatlichen und privaten Altersvorsorge. Das Umlagesystem bietet zwar eine Grundversorgung, aber steigende Lebenserwartung und Staatsverschuldung werden zu weiteren Leistungskürzungen in der ersten Säule führen. Auch der Einblick in das elektronische Pensionskonto wird vielen die Augen erst richtig öffnen.

Pensionsantrittsalter weltweit



IMPRESSUM: Herausgeber, Redaktion: Österreichischer Sparkassenverband, Grimmelshausengasse 1, 1030 Wien, E-Mail: info@sv.sparkasse.at
Internet: www.sparkasse.at, Redaktion: Dkfm. Milan Frühbauer (Chefredakteur), Armand Feka, MA, Mag. Helmut Reindl;
Beirat: Mag. Michael Ikrath, Mag. Nicola Frimmel, Mag. Michael Mauritz
Medieninhaber, Konzeption und Gestaltung: Kommunal-Verlag, Löwelstraße 6, 1010 Wien, www.kommunalverlag.at
Diese Ausgabe wurde am 2. 6. 2014 redaktionell abgeschlossen. Der Druck erfolgt auf PEFC-zertifiziertem Umweltpapier.

Unter dem Seitentitel „Achterbahn“ wollen wir einen Schuss Humor, einen halbernst-satirischen Blick auf Aktuelles und eine zusätzliche Portion pointierter Meinung ins hochseriöse Redaktionsprogramm rühren. Zum thematischen Schaukeln und gelegentlichen Verschaukeln. Sparefroh ist jedenfalls angeschnallt. Hier kann er zeigen, dass er auch Humor hat.

DAS LETZTE WORT

Ein Funke Stolz

Die Ergebnisse der EU-Wahlen in den 28 Mitgliedstaaten sorgen noch Wochen nach dem Urnengang für heftige Diskussionen. Vor allem die überraschenden Siege der nationalistischen EU-Gegner Marine Le Pen veranlassen das deutschsprachige Feuilleton zu manch apokalyptischer Bemerkung über das Schicksal des europäischen Einigungsprozesses. Die Briten werden schon als Austrittsland apostrophiert und Frankreich wird eine geharnischte Renationalisierung der Innenpolitik vorhergesagt. Der europäischen Integrationsidee stehen schwere Zeiten bevor.

Nun wird das alles nicht so heiß gegessen werden, wie es am 25. Mai gekocht worden war. Denn auch der militanteste Nationalismus wird wortkarg, wenn es darum geht, wie die ökonomischen Alternativen zur Wirtschafts- und Währungsunion aussehen sollen. Zumal die USA ökonomisch erstarken und Russland einer Variante des Imperialismus light huldigt. Vom Wiedererstarken der Schwellenländer, die auf Wachstum setzen müssen, ganz zu schweigen.

In diesen kritischen Betrachtungen und lauter werdenden Unkenrufen zum Selbstverständnis Europas bleibt vielfach die normative Kraft des Faktischen als Triebfeder auch der Integrationskontinuität außer Ansatz.

Man möge sich – ausnahmsweise – an Österreich orientieren. Felix Austria hat mehr Realitätssinn bewiesen als den auch hierzulande an Boden gewinnenden EU-Pessimisten bewusst ist. Denn hierzulande haben solide drei Viertel jene Parteien gewählt, die sich als Pro-Europäer präsentiert haben und die an einer aktiven Fortsetzung des Friedensprojekts interessiert sind. So manches EU-Land wäre froh, eine derartige Stimmung beim Wählervolk zu haben.

Daher – bei allem Verständnis für die Verbesserungsfähigkeit der EU-Gesinnung und der einschlägigen Kommunikation – ist diesmal ein Funke Stolz angebracht. Die populistische Demagogie hat auch in Österreich eine Rolle gespielt, aber die diesbezüglich radikalsten Wahlwerbe-Listen sind deutlich unter der 4-Prozent-Marke geblieben.

Vielleicht sind wir Österreicher doch bessere Europäer als die zeitkritischen Kolumnisten vermuten.

ERLESEN – ERHEITERT – ERLITTEN

„In der Pubertät erschien mir Vielweiberei, die Idee, mehr als eine Partnerin zu haben, manchmal verlockend. Nachdem ich eine Dreierkoalition mitgemacht habe, sage ich Ihnen: Um Gottes willen nicht!“

Der frühere tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg

„Es fehlt nur noch die Idee, dass ich Papst werden könnte.“

IWF-Chefin Christine Lagarde auf den Hinweis, sie sei als EU-Kommissionspräsidentin im Gespräch

„Nie war eine Regierung 6 Monate nach der Wahl so beliebt wie diese. Was ist da los?“

Bange Frage aus dem Nachrichtenmagazin „SPIEGEL“

„Ich bin ja nicht Homer.“

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl, für Reime auf FP-Wahlplakaten verantwortlich